

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 204.

Neuenbürg, Donnerstag den 2. September 1920

78. Jahrgang.

Bismarcks Prophezeiung zum Weltkrieg.

In einem kürzlich im Verlag von L. W. Seidel und Sohn in Wien erschienenen Buche von G. G. Cortie: „Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit dem Jaren und Bismarck“ sind einige, zumeist aus den Akten des ehemaligen Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Reiches entnommene Vorhergesagungen Bismarcks ganz überraschend.

Bismarck sah schon damals am Balkan, insbesondere in Serbien, den Hindernis zu einem Zusammenstoß Österreich-Ungarns mit Rußland. Stets bestrebt, einen solchen zu verhindern, suchte er immer einen Ausgleich der Interessen dieser Staaten am Balkan zustande zu bringen. So wollte er Rußland den Osten, Österreich-Ungarn den Westen der Balkanhalbinsel als Einflusssphären überlassen und diese durch eine Demarkationslinie trennen. Hierzu entnahm er aus dem oben genannten Buche aus einer Unterredung Bismarcks mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szeghényi am 14. Januar 1886:

„Soll das so weit gehen“, fragte Szeghényi, „daß es Rußland frei stünde, in Bulgarien einzutreten?“ „Warum nicht“, fiel der Fürst ein, „wenn Sie sich die Befugnis vorbehalten, unter denselben Voraussetzungen, daselbst in Serbien zu tun. Ich begreife die Kompensations-theorien der Balkanstaaten nicht und schon gar nicht, daß Österreich-Ungarn Serbien vergrößern will, da ein Emporkommen dieses Staates in demselben Maße das Wachstum einer serbischen Irredenta bei Ihnen befördern müßte. Aber wie dem immer sei, die Demarkationslinie würde allen diesen Uebelständen abhelfen und die Sicherheit bieten, daß sich Österreich-Ungarn Serbiens halber nicht mit Rußland entsowie. Ich befürchte dies, wenn Österreich-Ungarn der Union wegen noch immer auf eine Entschädigung für Serbien besteht, und so sehr wir Deutsche Ihnen mit aller Macht beistehen würden, wenn Rußland Sie angriffe, so unmaßig wäre es, der deutschen Heeresmacht die Rolle der Hülfstruppen zur Erweiterung des österreichisch-ungarischen Einflusses an der unteren Donau spielen zu lassen. Nicht ein einziger Abgeordneter würde sich finden, um auch nur eine Mark hierfür zu bewilligen. Aber lediglich auf Deutschland gestützt, ohne Vireschafft für die Duldung der beiden Weltmächte, sollte es Österreich auf einen Bruch mit Rußland nicht ankommen lassen. Wir können hierbei je nach Gestaltung der Dinge in England und Frankreich, einer russisch-englisch-französischen Koalition die Wege bahnen, der gegenüber der Stand der beiden verbündeten Kaiserhöfe ein schwieriger und die Zuverlässigkeit Italiens fraglich werden könnte.“

Für Bismarcks Befürchtung, daß auch Italien sich gegebenenfalls nicht auf der Seite Österreichs finden würde, war durch Vorgänge in der italienischen Kammer genährt worden. Als während einer Debatte dem Grafen Robilant vorgeworfen wurde, er handle am Balkan und in der bulgarischen Frage im Schlepptau Österreich-Ungarns, fand dieser Vorwurf in der Kammer und im Laude Zustimmung. „Kleinan“, rief der Abgeordnete Giognanni am 23. Jan. 1886 in der Kammer aus, „daß am Balkan Eroberungen anstreben, ohne daß unsere Interessen bedroht werden. Wenn man in Budapest „nach Saloni“ ruft, so werden wir von den hiesigen Vätern antworten: Ruch den Julliden Alpen.“

Aber nicht nur über Italiens, auch über Englands Haltung im Falle eines europäischen Krieges verhielt sich Bismarck nicht gut. Die er doch am 31. August 1886 in einer ihm nachfolgenden Zeitung erklärte:

„Und wenn Deutschland die Last des russisch-französischen Krieges auf sich genommen hätte, wie würde es dann mit der eigenen Hilfsbereitschaft stehen? Es wäre der größte Schaden und läge die härteste Selbsttäuschung darin, bei einer ersten deutschen Gefahr auf irgend einen Grad engl. Hilfe zu rechnen. Wenn England den, wie es scheint, unausfaltbaren Fortschritt Rußlands im Orient bemerkt will, so mag es den Versuch unternehmen, aber es mag Deutschland mit der Zustimmung versehen, den Expansionsrang der herrschenden Mächte in Rußland auf sich abzusetzen.“

Wenn aber alle diese Befürchtungen eintreffen und Deutschland einer übermächtigen Koalition erliegen sollte, dann war Bismarck erst recht klar, was das bedeuten würde, und sprach dies in seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 aus, die man heute nicht ohne tiefe Bewegung wieder lesen kann.

Dies es doch darin: „Unsere Hoffnung auf Freundschaft der drei Kaiser hat sich so weit verwirklicht, daß wir zu Rußland und Österreich im besten Verhältnis stehen. Die Schwierigkeit liegt in der Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland, dort liegen konkurrierende Interessen vor, die es schwer machen, Frieden zwischen unseren Freunden zu erhalten. Diese zu ebnen ist unsere Aufgabe. Schwieriger liegen die Dinge mit Frankreich. Wir müssen vorbereitet sein, den historischen Prozeß zwischen Frankreich und Deutschland wieder anzufangen zu sehen. Unterschätzen Sie nicht Frankreichs Macht. Dort lebt ein kriegerisches, tapferes Volk, und es ist ein Zufall, daß wir ihm 1870 überlegen waren. Wenn wir unterliegen, der Feind vor Berlin stünde, wie wir vor Paris, die Franzosen wären nicht die gemäßigten Sieger, wie wir es waren. Sie würden uns bis zur Mälkerei zu Wer lassen. Der Krieg von 1870 wäre ein Kinderfeld gewesen. Nicht vor einem Reichsweilner dürften wir uns aufstellen.“

Deutschland.

Stuttgart, 1. Sept. Der Minister des Innern hat den Oberamtmann Feurer, Berichterstatter im Ministerium des Innern, zum Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und Regierungsrat Marquardt zu seinem Stellvertreter bestimmt.

Heilbronn, 1. Sept. In einer wegen des verschärften Generalstreiks und seiner Folgen für die lebenswichtigen Betriebe einberufenen außerordentlichen Sitzung des Gemeinderats wurde ein sozialistischer Antrag abgelehnt und ein demokratischer Antrag angenommen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Landesregierung bei der Reichsregierung unverzüglich energische Schritte für eine Wiederherstellung des Straßenzugs unternehmen, die militärisch besetzten Betriebe wieder kämmen und für vollständige Einstellung der entlassenen Arbeiter Sorge tragen werde. Abgelehnt wurde ein sozialistischer Antrag, eine fünfjährige Abordnung zur Vertretung dieses Beschlusses bei der Regierung nach Stuttgart zu entsenden.

Berlin, 1. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Diermes werden alle Ernährungsminister heute zu der angeländigten Konferenz über Ernährungsfragen wieder zusammentreten. Dr. Diermes wird über seine Eindrücke in London Bericht erstatten. Die gesamte Ernährungsfrage wird besprochen werden. Das Ergebnis der Konferenz soll dann als Grundlage für die Vorarbeiten dienen, um dem Statistiker unterbreitet zu werden.

Berlin, 1. Sept. Nach Darstellungen in der französischen Presse erhält sich in politischen Kreisen das Gerücht, der deutsche Außenminister Dr. Simons werde zurücktreten. Man warf ihm keine zurechenbare, in der Schweiz gegangenen Autonomie über die deutsche Neutralität vor. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, entbehren die Nachrichten, die anscheinend in bestimmter Absicht in die französische Presse lanziert worden sind, jeder Begründung. Weber besteht bei Dr. Simons die Absicht zurückzutreten, noch ist von irgend einer amtlichen deutschen Seite oder von parteilicher Seite ein Rücktritt des deutschen Außenministers in Erwägung gezogen.

Danzig, 1. Sept. Bedeutende Militärtransporte trafen aus Frankreich in Danzig ein und wurden nach Polen weiter befördert. Die Eisenbahnverbindung zwischen Danzig und Warschau wird von den Truppen der Alliierten streng bewacht. Ununterbrochen laufen Güterzüge von Danzig ab, die außer Lebensmittel allerlei Kriegsmaterial enthalten. Nach einem Telegramm aus Cherbourg will Frankreich einen erheblichen Teil seiner Artillerie und Flugzeuge nach Polen befördern.

Polnische Grenzläute.

Ueber den Massenmord von Jozefial bei Deutsch-Bielar, wo nun schon zehn Leiden graumal getöteter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit entsetzlichen Einzelheiten ein. Der Schanzplatz der Leichenfunde ist ein kleiner Kadelwald dicht an der Grenze. Alle zehn Opfer stammen aus dem Schloßhaus Mageschew, das von den Polen am 20. August gestürmt wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkant ist bisher nur eine der Leichen und zwar die des Schlachthausmeisters Kosz. Als einer der Täter wird ein gewisser Kibol genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend dort angewiegt haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist. Die Leichen, die aus den beiden Massenräubern zu Tage gefördert wurden, boten ein grauerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerstörenden Wirkung der Kapfschüsse waren die Schiffe alle aus nächster Nähe abgegeben. Aber gerade deshalb gewinnt die Anzahl der Schiffe zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielens absichtlich und grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberbekleidung, des Schuhzeugs usw. beraubt und wie Viehkadaver durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Offnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen amohnten, hielten mit Ausdrücken ihres Abscheues vor der immenslichen Brutalität der polnischen Wanden nicht zurück. In den deutschen Kreisen ist die Entrüstung ungeheuer. Man ist überzeugt, daß diese wüthenden Mordtaten nicht die einzigen ihrer Art sind und daß die meisten von denen, die von den polnischen Truppen weggeführt wurden, ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

Ausland.

Paris, 31. Aug. Der französische General Beggand sprach sich einem Korrespondenten des „Petit Parisien“ gegenüber aus, daß alles geschehen müsse, um den polnisch-russischen Frieden in diesem Herbst noch zu erreichen. Werde der Krieg fortgesetzt, dann würden die Russen sich während des Winters erschöpfen können, daß man im nächsten Jahre wieder von vorn anfangen muß. Von Drangel behauptet Beggand, daß dieser mit der Verbesserung überall gute Beziehungen unterhalte und keine Gefahren für neue Konflikte schaffe, wie dies Demisin getan habe. Polen seien Ratsschlüsse erteilt worden, wie es zu handeln habe.

London, 1. Sept. Der Korrespondent der „Times“ in Warschau schreibt, daß man in diesem Jahre auf den Werken in Glinde einen Rekord an Marinereisen erreicht habe. 139 Schiffe von 430—450 Tonnem Inhalt sind seit 1. Januar vom Stapel gelaufen.

Warschau, 31. Aug. Die Polen können die Verfolgung der Russen nicht weiter fortsetzen, weil die Russen Verstärkungen erhalten und sich zu heftigen Kämpfen vorbereiten. General Bulludski sucht diesen Gefahren aber auszuweichen und hat da-

ber den weiteren Vormarsch eingestellt, bis die Artillerie feste Stellungen bezogen hat. Im polnischen Generalstab wird der neue Angriff der Russen in der ersten Septemberwoche erwartet.

Warschau, 1. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung Kamenew, der mit Krasin die Verhandlungen in London führt, beauftragt, als Oberkommissar der gesamten Armee sofort an die Front zu gehen.

Die polnischen Gegenanträge.

Moskau, 31. Aug. Durch Funkpruch. Die polnischen Gegenanträge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen lauten u. a.: Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Kein Staat braucht die Kriegskosten des andern zu bezahlen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Olgrenze Polens reicht. Die Kraft dieser Elemente muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichwohl halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen. Die Absicht, Polen die Verpflichtung der Deeresverminderung aufzuerlegen, wird fallgegenständig zurückgewiesen. Rußland befolgt anscheinlich mit vollem Bewußtsein die Politik Peters des Großen und der Kaiserin Katharina 2., eine Politik, die die gleichen Forderungen stellt, und zu dem Verbrechen der Teilung führt. Es legt uns so mehr in Erkenntnis, weil es doch der ganzen Welt bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklung gebracht hat und nicht die geringste Absicht zeigt, die eigene Wehrmacht zu beschränken. Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten. Für Polen wird es dann möglich sein, an die Demobilisierung zu denken, wenn diese sich in ganz Europa vollzieht. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Deeres durch Wehrdienstpflicht würden einen völligen Ansturz der Basis der Souveränität und der Risikoinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und können deshalb überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Polen kann unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisierung seine Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten sofort demobilisieren würden und zwar sofort nach Beendigung des Krieges, nach Friedensschluß.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Sept. (Gemeinderatssitzung vom 31. August.) Der stellv. Vors. G. H. Heintzelmann eröffnet die Sitzung mit der Vorlage des Projekts über den Ausbau des Unterkanals der Kunstmühle und den Einbau einer Francissturbinen, wofür Offerte von 6 größeren Wasserbaufirmen eingegangen sind. Die Ausführung der Arbeiten wird der H. Köding und Stöber in Pforzheim mit dem niederrheinischen Angebot um die Baukostensumme von 276 000 Mark übertragen. Ein Vertrag über die Lieferlegung des durch Hochwasser beschädigten Wasserleitungsstrangs im Enzthet beim Feld. Elektrifizierungs- und Wasserleitungswerk zwischen der Stadtgemeinde und den Bauunternehmern Weiger und Bacher und Zimmermeister Wischoff wird genehmigt. Die Markthandgebühren werden den heutigen Verhältnissen entsprechend erhöht, ebenso die Belohnung für den Marktmeister. In den Ausschuss für Lebensmittelbeschaffung wird an Stelle von Frau Rosine Tietz der Mechaniker Robert Gittinger gewählt. Nach Erledigung der Rechnungsarbeiten wurde noch die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit verschiedentlich angeregte Ehrung unserer gefallenen Mitbürger durch Errichtung eines Denkmals zur Sprache gebracht. Der Gemeinderat hält noch wie vor an dem Projekt für die Seilerinsel fest. Die Zurückstellung der Ausführung hat ihren Grund darin, daß der Stadt z. Bt. nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen.

Seden.

Neuenbürg, 2. Sept. Heute vor 50 Jahren flog in Deutschland die Kunde von Ort zu Ort: „Napoleon und sein ganzes Heer gefangen bei Sedan!“ Heute, nach 50 Jahren ist dieses Deutschland ein Spielball der Feinde, vorab seines Erbfeindes Frankreich. Nicht großmütig, wie es einem wüthlichen Sieger geziemt, wird das deutsche Volk von diesem Frankreich behandelt; es wird in vollem Sinne des Wortes verzwängt, entehrt, entrechtet, mit brutaler rücksichtsloser Gewalt krallt sich die eiserne Faust des alten Erbfeindes hartnäckig an die Kehle des wehrlosen deutschen Volkes. Wohl den Felden von 1870-71 die nicht mehr sind, daß sie diese Schmach unseres einst so hochachtunggebührenden Vaterlandes nicht mehr schauen müssen. Das deutsche Volk soll heute an diesem bedeutungsvollen Tag, der so tiefherzerliche Erinnerungen wachruft, nicht nach den Schuldigen haben, denn schuldig sind wir mehr oder weniger alle, jeder Einzelne soll in sich geben, an seine Brust schlagen und Besserung sich selbst geloben. Besserung in dem Sinne, die Uneinigkeit aufzugeben, den Parteihader zu versöhnen, in dem Gedanken leben nach dem Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ Dazu gehört gegenseitige Vertrauensliebe, Freude an der Arbeit, Ordnungssinn und Fleiß. Jeder Deutsche soll sich am heutigen Tage geloben, sein Ein und Alles einzusetzen zum Wiederaufbau des heidarniederliegenden Vaterlandes. Deutschland muß wieder stehen, es darf nicht untergehen, wenn auch die Last, die uns drückt, jenseitiger ist. Diese Freude, daß das einst mächtige Deutsche Reich verschwindet, wollen wir unseren Feinden nicht bereiten. Handeln wir in obigem Sinn, dann, aber nur dann sind wir der Felden

chen
Belegenheit geboten
auszubilden.
Maschinenbau.
Wahl,
verreist.
den Sonntags) von
Sprechstände.
Empfehlung.
Galmbach und
Anhandlung
erkitätte
erfrage 289
alle einschlägigen
hinen, neue und
und Schlänge,
ehörteile und
eifen.
enbacher.
e, Batterien
hizu.
edaille
en beschiedten
Gerben von
arbeiten, An-
gen.
aller Ari
reifen.
Pforzheim,
erei.
Telefon 1501.
and-Oefen
verbrauch,
nd-Oefen,
efen,
kessel.
agspreise.
Nachf.,
B.
Bankgeschäft.
ngenden Geldmätze.
e Angelegenheiten.
udfer!
nds Zucker,
N an.
Nachnahme.
Herrenalb.

Anzeigerpreis:
Die einpolige Zeit,
oder deren Raum 00 J.
bei Anstufverteilung
durch die Geschäftsstelle
45 J. extra.
Kellern-Zeile 1.50
bei größeren Aufträgen
entsprechend Rabatt, der in
Falle des Nachverkaufes
hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen
Annahme tageweise.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Anträge wird
leinerlei Gewähr über-
nommen.



von 1870-71, die das geeinte große Deutsche Reich schufen, würdig auch der Helben des Weltkrieges, die ihr Leben für das Vaterland zum Opfer brachten!

Calw. 1. Sept. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann wird er zugebeut, so muß man denken, wenn man die Erklärung der amtlichen Seite, Kauf- und Klauenscheide betr., liest (Nr. 202 des „Enstalers“). Die Entschuldigungen selbst sind direkte Anklagen. Gerade weil kein einziges Oberamt feuchtschei ist, hätten die Behörden doppelt vorichtig sein müssen. Und wenn die Straftat nicht vor dem Ausbruch erkannt werden kann, dann ist eine tierärztliche Untersuchung ziemlich zwecklos, jeder Vase kann sie dann konstatieren. Und wie steht es mit dem Sonntagshandel?

Schwann. 1. Septbr. Der Gefangener „Froschmann“ kann in diesem Jahre auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß findet am Sonntag den 26. September eine dem Ernst der Zeit entsprechende Feier mit Ehrung der Weiber und Jubilare statt. Nähere Veröffentlichung erfolgt zu gegebener Zeit.

Württemberg.

Stuttgart. 1. Sept. (Abdruck der württ. Flugzeughalbes.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach dem gegenwärtigen Stand der auf Grund des Abkommens von Spa zurückgekehrten Verhandlungen mit der internationalen Luftfahrtüberwachungskommission muß damit gerechnet werden, daß diese Flugzeughallen in Böblingen und Dornstadt bei Ulm nunmehr von der Wiedergutmachungskommission auf den Abbruch verkauft werden. Interessenten können sich an die Wiedergutmachungskommission, Berlin, Königgräberstraße 50 oder an das Reichsfinanzministerium, Berlin W 10, Bismarckstraße 34, wenden.

Reilbronn. 1. Sept. (Von der Presse.) Das Organ der linken Sozialdemokratie, das „Refor.“, ist heute im Einklang mit dem Aktionsausschuß für den Generalstreik erschienen. Das Blatt tritt für eine radikale Durchführung des Generalstreiks ein. Zu unserer Nachricht, daß in Arantenhausen eine Arbeiterfrau gestorben ist, weil sie wegen Straßensperre nicht operiert werden konnte, berichtet das Blatt, der Arzt habe beim Abholen der Leiche erklärt, es sei mit 80 Prozent Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen gewesen, daß die Frau nicht am Leben zu erhalten sei.

Dillingen a. G. 1. Sept. (Die wichtigste Mühle stillgelegt.) Die Mühlen haben die Großmühle Komet hier stillgelegt. Es hatten bei ihr 50 Eisenbahnen der Entladung. Für die Rechtsprechung des ganzen Landes ist gerade diese Mühle von größter Bedeutung. Das ist den Straßendirektionen bekannt. Und schon hat die Reichsgerichtsstelle Stuttgart die Verantwortung dafür abgelehnt, ohne diese Mühle die Versorgung der Bevölkerung sicher stellen zu können. Die Technische Reichsanstalt soll, wie wir hören, zum Einsatz bereit stehen und die Mühlenlieferungen sicherstellen.

Von den Hildern. 1. Septbr. (Folgen des Streiks.) Die Hilderswerke sind seit einigen Tagen vom Verkehr völlig abgeschlossen. Die Straßenbahn nach Degerloch hinaus, die Hildersbahn nach Hohenheim und die Linie Bahlingen-Neuhausen sind bisher stillgelegt. Um wenigstens die wichtigste Post auf die Hildern zu befördern, brachte gestern ein Staatsauto nach Ellingen die seit Tagen lagernde Post für die Hilderswerke. Man hofft, den Hildersbahnverkehr in den nächsten Tagen in den Gang zu bringen, auch wenn der Generalstreik weiter gehen sollte.

Neulingen. 1. Septbr. (Terror.) Der Generalstreik war hier nicht allgemein. Im Laufe des gestrigen Tages sind Streikende in alle Betriebe gezogen, die noch arbeiteten, und haben die Arbeiter gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Das gleiche wird aus Neulingen, Vödingen und Donau gemeldet, ebenso aus Pfalzingen.

Ulm. 31. Aug. (Der Ulmer Kravall vor Gericht.) Vor der Strafkammer begann am Montag die Verhandlung gegen 47 Angeklagte, die sich nach der Anklage strafbarer Handlungen im Oberamt und im Rathaus nach der Feuerungsdemonstration am 22. Juni schuldig gemacht haben. Trotzdem von den Rednern bei der Demonstration abgemacht worden war, nichts weiteres vorzunehmen, zogen einige 100 Mann zum Oberamt. Da keinerlei Abwehrmaßnahmen getroffen waren, konnte ein Teil der Menge ins Gebäude gelangen. Oberamtmann Rippmann, Amtmann Gysel, Regierungsdirektor Koch und weitere Beamte versuchten, die Leute hinauszudrängen und es gelang Oberamtmann Rippmann auch, sechs Leute als Vertreter der Menge zu bestimmen, von denen aber vier nach der Aufforderung zur Namensnennung sofort wieder verschwanden. Schließlich befanden sich etwa 15 Personen im Zimmer des Oberamtsvorstandes. Der Angeklagte Kurzmaier machte den Sprecher. Er und Georg Schöner verlangten nach einigem Hin und Her die sofortige Befreiung des Kommunalverbandes und der Zwangswirtschaft, sowie höhere Rationen. Es dürfte kein „Wen und Aber“ geben, sonst läme die Menge herein und schlage alles kurz und klein. Dabei zog er die Uhr und zählte eins, zwei, drei. Er schob auch dem Oberamtmann die Schuld zu, wenn es Unruhe und Bürgerkrieg gebe. Schöner hielt dem Oberamtsvorstand einen Streik hin. Oberregierungsrat Maier entgegnete, daß er für sich keine Verfügung treffen könne, daß er bereit sei, zur Menge selber zu sprechen. Als er hinausgegangen war, wurde er im Hausflur gepöbelt, die Treppe hinunter gezerrt, gestoßen, getreten und ein Mann verfehlte ihm einen schweren Schlag in den Nacken. Vor dem Oberamt wurde er durch Brüllen und höhnende Zurufe der Menge am Sprechen gehindert; wie einen Gefangenen hielten Kurzmaier und Lukas Frey ihn an beiden Armen gefaßt. Der 77jährige Angeklagte Fischer hielt ihm einen Galgen n. Schöner einen Streik vor. Die Menge schrie dazu: „Sängt ihn auf!“ Die unter Zwang vom Oberamtsvorstand gegebene Zusicherung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde schriftlich verlangt. Der Oberamtsvorstand wurde in sein Zimmer zurückgeschleppt, wobei ihm ein Mann mit offenem Messer bedrohte und nach Fertigung des Schriftstücks wurde Rippmann aus dem Rathaus verlangt. Unter Gewalttätigkeiten wurde dann Oberregierungsrat Maier, der in seiner Wohnung Rod und Gut hatte, wieder herausgeholt, an den Armen untergefaßt und unter Vorantragung des Galgens und einer aus einem an einen Steden gebundenen roten Taschentuch bestehenden Fahne unter Leitung des Kurzmaier unter Zuhlen und Schimpfen zum Rathaus geführt. Oberamtmann Rippmann konnte sich zwangswieser Abführung entziehen. Um das Rathaus hatte sich nach 6 Uhr eine mehrtausendköpfige Menge gesammelt. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger, von den Vorgängen im Oberamt telephonisch unterrichtet, ließ zur Vermeidung von Gewalttäten die Rathhustüren schließen und ordnete an, daß eine Abordnung der zum Rathaus heranziehenden Menge eingelassen werde. Im Rathaus befanden sich nur

wenige Kriminalbeamte. Sobald wurden einige Fensterbänken im Rathaus eingeschlagen. Polizeikommissar Schwäble verbrachte durch die Türe in der Westgasse vier Leute, darunter drei streikende Bauarbeiter, ins Rathaus, die sich als Demonstration ausgaben, die aber gar keine Beziehungen zur Menge nachweisen konnten. Ein Sprecher von der Menge wurde dem Stadtvorstand durch das Schreien und Toben der das Rathaus umstehenden Menge unmöglich. Um diese Zeit war Oberregierungsrat Maier vor dem Rathaus angekommen, wo er nach längerem Warten durch die Türe in der Westgasse Einlaß erhielt. Inzwischen waren auf der Ostseite Fenster eingeschlagen worden und verschiedene Leute stiegen durch sie ein. Der Angeklagte Braig stieß die rote Fahne auf der Kanzel auf, Schreien, Drohungen und Verwünschungen erfüllten draußen und drinnen die Luft. Polizeikommissar Schwäble wurde im Rathaus geschlagen und gestochen, ebenso Feldwebel Wittlinger, der auch verletzt wurde. Gemeinderat Götz wurde beschimpft. Die Türöffnung wurde eingestochen, worauf die Türe aufgeschlossen wurde. Der Stadtvorstand wurde mit Totschlägen und Ausbängen bedroht, einige Personen packten ihn und rissen ihn mit sich heraus. Schöner rief ihn an den Baaren. Einer zerrte ihn über die Treppe zum Vorzimmer bis zum Vorplatz an der Treppe, wo versucht wurde, ihn über das Treppengeländer hinaus zu schießen. Schloffer Fied sprang nun heraus und rief: „Der Oberbürgermeister steht unter meinem Schutz“. Die meist jungen Angreifer ließen daraufhin vom Stadtvorstand ab. Fied wurde aber geschlagen. Auch der Stadtvorstand bekam zwei Schläge auf den Hinterkopf, die Bewußtlosigkeit zur Folge hatten. Altem wurden auf die Straße geworfen. Infolge Aufforderung durch die Polizei rückte gegen 1/2 6 Uhr der erste und zweite Zug von Schar 10 der Polizeiwehr, etwa 60 Mann und 2 Offiziere, unter dem Befehl von Hauptmann Hinrichs durch die Krampgasse zum Marktplatz, nachdem die Führung die Befehle erhalten hatte, das Rathaus zu besetzen und die in dieses eingedrungene Menge daraus zu entfernen. Die hintere Reihe der Polizeiwehr wurde angegriffen, verschiedene Offiziere tödlich mißhandelt und verletzt. Bei diesen Vorgängen wurde Georg Mattheis durch einen Bajonettstich in die Brust getötet. In viertelstündigem Kampf mit Gummistücken wurde das Rathaus von den Eindringlingen gesäubert, wobei Polizeiwachsoldaten wieder verletzt wurden. Wiederholt suchten Leute durch Tore und Fenster ins Rathaus zu gelangen, die Lage der Polizeiwehr wurde immer gefährlicher. Einzelne Mannschaften wurden auf die Straße gejerrt und mißhandelt. Da rückte, durch die Polizeiwehr gerufen, die Reichswehr mit drei Kompanien auf drei Straßen gegen das Rathaus vor. Nachdem einige Schreckschüsse über die Dächer abgegeben waren, liegte sich der Rathausplatz allmählich. Später gab es noch Schießereien. Am Mittwoch war dann Ruhe in der Stadt. Am Montag wurden die 47 Angeklagten, denen leichtere Strafmassen zur Last gelegt worden, vor der Strafkammer vernommen, 11 weitere haben sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die meisten geben an, von der Menge ins Rathaus hinein geschoben worden zu sein. Die Leute, die den Stadtvorstand mißhandelten, will keiner gekannt haben. Die meisten gaben vor, zum Schutz des Oberamtsvorstandes ins Oberamt gekommen zu sein oder den Schutz des Stadtvorstandes im Auge gehabt zu haben. In den nächsten Tagen findet die Zeugenvernehmung statt.

Baden.

Karlsruhe. 1. Septbr. Die Leichen der vor 8 Tagen bei dem Bootunglück auf dem Rhein bei Karlsruh extrahierten Mitglieder des Ruderklubs, Frä. Lina Bloed und Eugen Kraus, wurden am Samstag oberhalb der Karlsruher Schiffbrücke, auch die noch fehlende Leiche des zweiten jungen Mannes geborgen, und zwar durch einen Karlsruher Blechenermeister J. W., der dort angestellt. Ein trauriger Fang.

Karlsruhe. 1. Sept. Auf den Beschluß der Wädereinkaufszentrale Badens, die erklärte, daß das badische Wädereigewerbe vom 1. September die Herstellung von Weißbrotwaren aufnehmen will, sofern bis dahin das Kuchen- und Brötchenbäckereibrot nicht aufgehoben sein sollte, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter angewiesen, gegen Uebertretungen des Bäckereibrotgesetzes, einerlei ob sie von Wädereien oder von Kaffeehäusern, Gast- und Automatenwirtschaften begangen werden, mit aller Schärfe einzuschreiten.

Weihenheim (M. Lahr). 31. Aug. Nach einer Meldung der „Lahrer Zeitung“ hat ein Wädereimeister der Sicherheitspolizei aus Offen, der aus der Umgebung von Lahr stammt, aus Notwehr in einer Wirtschaft in Weihenheim einen Landwirth durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß an dessen Aufkommen gezweifelt wird. Der unglückselige Schütze wurde verhaftet.

Neueste Nachrichten.

Augsburg. 2. Sept. Während einer für gestern nachmittag im Rathaus einberufenen Sitzung von Vertretern der Stadt, der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, bildeten sich in den Außenvierteln der Stadt Demonstrationen, die sich nach dem Rathaus hin bewegten. Ein starkes Polizei- und Sicherheitswehrausgebot hielt die Straßen vor dem Rathaus besetzt. Die Menge verlangte u. a. stummlich die Entfernung der Maschinengewehre und schließlich sah sich die Polizeiwehr genötigt, der Menge den Vorbeimarsch vor dem Rathaus zu gestatten. Dabei wurde die Sicherheitswehr von der Menge hart bedrängt und mußte von der Waffe Gebrauch machen. Auf eine Maschinengewehrpatrone, die als Schrecksalvo gedacht war, stob die Menge auseinander. Zwei Personen wurden getötet und zwei verletzt. Zur Zeit herrscht Ruhe. Ein starkes Polizeiwehrausgebot hat das Rathaus besetzt.

Frankfurt a. M. 1. Sept. Nach einer von vielen Tausenden besuchten Protestversammlung der Arbeitlosen im Schumanntheater zogen die Teilnehmer durch die Hauptstraßen der Stadt, worauf sich die Menge zerstreute. Abgesehen davon, daß ein Sicherheitspolizist aus einem Straßenbahnwagen herausgeholt und verprügelt wurde, kam es zu keinen Zwischenfällen. Dagegen kam es zu einer Schießerei in der Nähe des Römerberges, wo aus einem Hause auf die Polizei geschossen worden war. Die Polizei erwiderte das Feuer, wodurch drei Personen verletzt wurden. Ein Polizist erhielt einen Streifschuß.

Saarbrücken. 2. Sept. Auf Veranlassung des kommandierenden Generals der Saartruppen sind 42 wegen Nichtbefolgung des Requisitionsbefehls verhaftete Eisenbahn- und Postbeamte, desgleichen 15 wegen Zuwiderhandlungen gegen die Verkehrsbestimmungen verhaftete Beamte in Freiheit gesetzt

worden. Sechs vom Kriegsgericht zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilte Deutschen wurde die Strafe erlassen. 19 in Untersuchungshaft befindliche Personen wurden vorläufig in Freiheit gesetzt.

Berlin. 2. September. Der 25er-Ausschuß der neuen Berliner Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung der Wahl der Mitglieder des neuen Berliner Magistrats hat mit 14 gegen 11 Stimmen Oberbürgermeister Wermuth und Stadtrat Adolf Ritter als Kandidaten für die Wahl zum Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister aufgestellt.

Berlin. 2. Sept. In der gestrigen Konferenz der einzelstaatlichen Ernährungsminister mit dem Reichsernährungsminister wurde den Forderungen, die das Reichsministerium für die Sicherung der Ernährung erhebt, insbesondere einer solchen der Fleisch- und Brotversorgung, zugestimmt. Eine neue Besprechung ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. — Nach der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, hatte der Reichskanzler Abgeordnete zu sich gebeten, die mit den oberösterreichischen Verhältnissen besonders vertraut sind. — In Beratungen der Vorsitzenden und einer Unterkommission des Aktionsausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Entwurf eines Betriebsablangengesetzes ausgearbeitet worden. — Wie verschiedene Morgenblätter aus London gemeldet wird, werden Lloyd George, Millerand und Giolitti am 24. September in Genf zusammentreffen. — Bei der Abstimmung der Hafenarbeiter in Danzig stimmten 515 für die Wiederaufnahme der Arbeit, 265 dagegen. Vor der Abstimmung hatte eine Versammlung stattgefunden, an der sich gegen 2000 Hafenarbeiter beteiligten.

Paris. 1. Sept. Der Matin veröffentlicht eine Erklärung des belgischen Kriegsministers, die dieser dem Vertreter des Matin gegenüber bezüglich des belgisch-französischen Uebereinkommens gemacht hat. Darnach soll das Kriegministerium, laut Abmachung, Frankreich im Falle eines aufgezwungenen Krieges volle militärische Unterstützung zu sichern. Auf die Frage nach dem Zweck des Abkommens sagte der Minister: Wir und Frankreich stehen heute allein. Sollten wir bis zum letzten Augenblicke warten, um dann eine gemeinsame Verteidigung zu improvisieren? Wir wollen vielmehr schon heute unsere Verteidigung organisieren. In Belgien wird dieses Uebereinkommen einstimmig begrüßt werden. Dieses Abkommen ist nicht nur eine Garantie gegen künftige Kriege, sondern auch für die anderen Abkommen mit Frankreich.

London. 1. September. Der „Daily Herald“ berichtet, daß zwischen Ungarn und Frankreich ein Vertrag abgeschlossen wurde, der französischen Finanzleuten die Kontrolle über die ungarischen Eisenbahnen und die hauptsächlichsten Industrien zugesichert.

Mailand. 1. Sept. In Verfolgung kommunistischer Ideen haben die Metallarbeiter in Mailand, Rom und Neapel zahlreiche Betriebe besetzt und die rote Fahne gehißt. In Mailand handelt es sich dabei um 160 Werkstätten, in denen nach kommunistischen Methoden gearbeitet wird. — Wie der „Corriere della Sera“ schreibt, sehen die Arbeiter schon jetzt ein, daß sie ohne die Ingenieure nicht vorwärts kommen. Die Fabrikleitungen haben jede Verbindung mit den Werkstätten abgebrochen und machen die Arbeiter für alle entstehenden Schäden haftbar.

Rom. 1. Sept. Der Außenminister empfing mehrere sozialistische Abgeordnete, die ihn über das Luzerner Communiqué ausfragten. Dabei erklärte der Minister im Einklang mit dem Ministerpräsidenten, daß eine Aenderung der italienischen Politik Rußland gegenüber nicht erfolgt. Der über die Luzerner Verhandlungen ausgegebene amtliche Bericht dürfe nicht in dieser Hinsicht ausgelegt werden. In Betreff der Sowjets, die zur Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Italien erwartet werden, würden die besten Aufnahmen finden.

Athen. 2. Sept. Venizelos traf gestern nachmittag hier ein. Von der Bevölkerung wurde ihm ein glänzender Empfang zuteil. Etwa 10000 Menschen zogen an seinem Hause vorüber und jubelten ihm zu. Die ganze Stadt wurde festgelegt und wurde abends illuminiert.

Konstantinopel. 1. Sept. Nach hier umlaufenden Gerüchten, die mit Vorsicht aufzunehmen sind, soll gegen Mustafa Kemal ein Attentat verübt worden sein. Mustafa Kemal sei von zwei Kugeln getroffen worden.

Zum Generalstreik in Württemberg.

Die Lage am Mittwoch.

Stuttgart. 1. Sept. Die Streiklage hat sich im Laufe des Mittwoch in der Landeshauptstadt noch im Laufe verändert. Es kam nirgends zu ernstlichen Zwischenfällen oder bedrohlichen Unruhen. Die Verluste des Aktionsausschusses, die von arbeitenden Betrieben zu schließen, wurden fortgesetzt. Die von daran beteiligten Streikenden wurden heute reichlich verhaftet wegen Nötigungsvorfällen, bei denen sie sich, durch die Anwesenheit des Aktionsausschusses gestützt, polizeiliche oder staatliche Maßnahmen zu sprachen. Auch in Göttingen kam es zu solchen Verhaftungen. In Neulingen wurden mit Hilfe von Polizeiwehr die arbeitswilligen Betriebe geöffnet. In Rastatt a. M. hat ein Aktionsausschuß mit dem Schultheißen an der Spitze terroristische Maßnahmen getroffen. In Göttingen fand der Aktionsausschuß die Genehmigung des Stadtvorstandes, in Göttingen die des Oberamtmanns. An letzterem Ort wurde ein Aktionsausschuß gegründet, eine Ordnungsgewalt von 10 Mann aufzustellen. Ueberall wird nun aber die staatliche Macht durch die Polizeiwehr wieder hergestellt. In Stuttgart hat, wie draussen im Land, die Zahl der arbeitenden Betriebe eine Vermehrung erfahren. Die Eisenbahnwerkstätten in Göttingen wurden unter dem Schutz der Polizeiwehr gestellt. Die nach dem Zugang der Arbeitswilligen sicher und denkling der Streikenden auf diese Werkstätten bricht. Auch die städt. Arbeiter Stuttgart haben mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, machen sie aber von der Entscheidung ihrer Betriebsräte abhängig.

Rein Abbruch der Verhandlungen. — Des Eis gebrochen? **Stuttgart.** 1. Sept. Bei den am Mittwoch vormittag statt-



Freiheits- und Geldstrafe erlassen. 19 en wurden vorläufig
Ausmaß der neuen
zur Beratung der
Magistrats hat mit
Wermuth und
für die Wahl zum
aufgestellt.
Konferenz der
dem Reichsamt
die das Reichsamt
erhebt, insbeson
förmung, zugestimmt
ste Zeit in Aussicht
des Reichstags
die sich bis in
der Reichstags-Ab
oberösterreichischen Ver
In Beratungen des
es Aktionsausschusses
ste ist der Entwurf
worden. — Die
gemeldet wird.
Violitti am 24. Sept.
ei der Urabstimmung
515 für die Weiter
for der Abstimmung
an der sich gegen
öffentlich eine Er
die dieser dem Un
Belgisch-französi
sch soll das Krieg
eich im Falle eine
che Unterstützung
weil des Abkommens
h stehen heute ein
de warten, um dar
ifizieren? Wir mög
organisieren. In
einstimmig begehrt
eine Garantie gegen
anderen Abkommens
Daily Herald" berichtet,
Vertrag abgeschlossen
die Kontrolle über
hauptsächlich Indu
striegung kommunaler
Mailand, Rom und
die rote Fahne gefl
160 Werkstätten in
gearbeitet wird. —
sehen die Arbeiter
leure nicht vorwärts
jede Verbindung mit
die Arbeiter für
der empfangen mehr
das Luzerner Gewer
Minister im Ent
dass eine Veränderung
über nicht erla
ausgegebenen amtlich
ausgegeben werden. In
nahme der Handwe
en, würden die sich
f gestern nachmitt
ihm ein glänzendes
gen zogen an seinen
Die ganze Stadt hat
gter umlaufenden Ge
sind, soll gegen Ru
worden sein. Russen
worden.
Bürttemberg.
hat sich im Laufe
im Lande verhalten
unfällen oder beherr
sandschiffes, die mit
in fortgeschritten. Die
ute früh verhalten
sch, durch die Anwe
e ober staatliche W
am es zu solchen Ge
he von Polizei zehr
Münster a. N. hat
an der Spitze ver
ngen fand der Rhein
verbandes, in Erfolge
nem Ort wurde von
sammengruppe von
an aber die Familie
gestellt. In Stuttgart
er arbeitenden Betrie
unterstützen in Gar
schwehr gestellt, die
und denkung der Ger
sch die Stadt. Arbeit
le Wiederaufnahme
der Entscheidung ist
Das Eis gebrochen?
ittwoch vormittag hat

gekauften Verhandlungen bei der Regierung liegen die An
begehren, wie schon berichtet, mitteilen, daß sie den Aktions
sicht als eine Körperschaft anerkennen, mit dem sie über
die Wiedererrichtung der Betriebe verhandeln können, daß dies
vielmehr nur mit einer beruflichen wirtschaftlichen Vertretung
der Arbeiter und Angestellten und den Vertretern der ausge
sperrten Betriebe geschehen könne. Die Arbeitgeber haben es da
mit a begründet, daß der Aktionsausschuss nur eine vorüber
gehende Erscheinung sei, daß er keine Gewähr dafür bietet, daß
etwas Abmachungen auch wirklich durchgeführt würden und
daß seine Zusammenfassung in keiner Weise den Anschauungen
der Mehrheit der Arbeiterschaft entspreche. Diese Absage der
Arbeitgeber an den Aktionsausschuss hat dieser benützt, zunächst
die Verhandlungen abzubrechen. In einer um 4 Uhr im Dia
klodieraal stattgefundenen Betriebsräte-Vollversammlung wa
de wies: Verlost erstattet und dieser Aktionsausschuss durch
eine Kommission von Vertretern der Gewerkschaften und Vertre
tern der Betriebe ersetzt. Also ein Entgegenkommen gegen
über den Forderungen der Arbeitgeber. Damit ist der Weg zu
neuen Verhandlungen geöffnet. Die Entschliessung der Be
triebsräteversammlung, die sehr stürmisch verlief, lautet: Die
Betriebsräte-Vollversammlung erklärt, daß sie gegen die Un
betragung der Verhandlungen über die Wiedereinrichtung aller
Arbeitnehmer auf eine Kommission, die aus den Gewerk
schaften und je zwei Vertretern (ein Angestellter und ein Ar
beiter) der ausgesperrten Betriebe besteht, nichts einzuwenden
hat. Die Vertreter der ausgesperrten Betriebe sind aus den Be
triebsräten dieser Betriebe zu entnehmen, da diese nach wie vor
die geschlichen Betriebsvertretungen sind. Diese Kommission
muss jedoch für alle freireisenden und ausgesperrten Arbeiter des
ganzen Landes verhandeln. Bis zur Erreichung der gestrich
teten Ziele wird die Arbeiterschaft nach wie vor im schärfsten Kampfe
verharren. — Für Donnerstag sind also neue Verhandlungen
der Arbeitgeber und Arbeiterschaft unter Vermittlung der So
zialdemokraten.

Vor der Wiederaufnahme.

Die Firmen Robert Voick & Co. und Maschinenfabrik Es
lingen haben an ihre sämtlichen ausgesperrten Arbeitnehmer
Postkarten geschickt, auf denen diese aufgefordert werden, selb
stende Erklärung unterschreiben zurückzusenden:
Die Arbeiter:
Der Unterzeichnete erklärt sich mit der Durchführung des
gesetzlichen Steuerabzugs einverstanden und sucht um Wiede
reinstellung nach. Er anerkennt die Gesetze, die das Verhält
nis zwischen der Firma und ihren Arbeitnehmern regeln (Gew
erbeordnung, Betriebsrätegesetz) und verpflichtet sich aus
drücklich, sie einzuhalten.
Die Angestellten:
Der Unterzeichnete erklärt sich mit der Durchführung des
gesetzlichen Steuerabzugs einverstanden. Er anerkennt die Ge
setze, die das Verhältnis zwischen Firma und ihren Arbeitneh
mern regeln (Handelsgesetz, Betriebsrätegesetz, Gewerbeord
nung) und verpflichtet sich ausdrücklich, sie einzuhalten.
Die Verlautet, sind schon zahlreiche derartige Erklärungen
unterschrieben bei den Verteilungen eingetroffen.

Lohnverluste.

Welche Summen durch den Streik der Arbeiterschaft ver
loren gehen, ergibt sich aus folgender Berechnung: In den drei
Betrieben bei Voick, Daimler und Eslingen sind zusammen
rund 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Nimmt man
als Durchschnittslohn für jeden Kopf täglich 30 Mark — ein
Satz, der in den Metallbetrieben, deren Arbeiter zu den bes
tehabigten gehören, gewöhnlich nicht zu hoch ist, vielmehr wahr
scheinlich unter dem Durchschnittslohn liegt —, so gehen durch den Streik
an jedem Tag allein in den drei Betrieben 600 000 Mark für
Lohn- und Gehaltsempfänger verloren. Ausdehnung und
Streik dauern seit Donnerstag, also bis zum heutigen Tage
sind Arbeitstage gleich 3 Millionen 600 000 Mark. Man mag
sich daraus berechnen, welche Summe entsteht, wenn auch noch
der Lohnausfall in den anderen im Streik befindlichen Be
trieben dazugezählt wird.

Das Urteil über die Märzvorgänge.

Berlin, 1. Sept. Der unter dem Vorsitz des Staatssekre
tars Stodt stehende Untersuchungsausschuss für die Märzvor
gänge im Reichswehrministerium hat seine Arbeiten abgeschlos
sen. Insgesamt waren gegen 828 Offiziere und 24 Beamte
Anzeigen erstattet, daß sie sich in den Märztagen für die Kom
mandierung und deren Anhänger eingesetzt hätten. Außerdem
waren von Marineoffizieren gegen 169 Unteroffiziere wegen Ge
sellschaftung der Kämpfer angezeigt. Der Ausschuss hat
die Fälle reiflich bearbeitet mit folgendem Resultat: A) Offi
ziers: In 112 Fällen war bereits vor Behandlung im Ausschuss
Verabschiedung eingetreten. Auf sofortige Dienstenthebung
wurde erkannt in 60 Fällen. Die Verurteilung bis zum Ab
schluß des Verfahrens beim Oberreichsanwalt wurde ausgespro
chen in 92 Fällen und Verlegung und Umkommandierung ver
hängt in 63 Fällen. In 501 Fällen wurde dem Reichswehrmini
ster vorgeschlagen, nichts zu unternehmen. B) Beamte: In
einem Fall wurde auf Beurlaubung, in zwei Fällen auf Ver
legung, in zwei Fällen auf dienstliche Enthebung erkannt
und in 19 Fällen wurde vorgeschlagen, nichts zu unternehmen.
C) Unterpersonal der Marine: In drei Fällen wurde auf Ver
urteilung, in 9 Fällen auf Verlegung und Umkommandierung
erkannt. In 157 Fällen wurde das Verfahren eingestellt und
dem Reichswehrminister vorgeschlagen, nichts zu unternehmen,
da die Handlungen (Verhaftung der Offiziere) als ein Akt be
trachtet wurden, für den den Beschuldigten bei den verworrenen
Verhältnissen Wahrung berechtigter Interessen zuerkannt wurde.

Aus Oberschlesien.

Breslau, 1. Sept. Gestern wurden die Sicherheits-Polizei
Beamtens, die Oberschlesien hatten verlassen müssen, in Lodsch
durch den Oberpräsidenten Zimmer begrüßt, der rühmend die
tätigen, aufopferungsvollen Haltung der Sicherheitspoli
zei während des oberschlesischen Aufstandes gedachte. Der Be
dient würde ihnen nicht vergessen werden. Gleichzeitig begrüßte
der Oberpräsident die Beamten der Sicherheitspolizei als Be
amte Niederschlesiens. Im Namen der Beamten führte Gene
ral Hoffmann auch fernerhin treue Pflichterfüllung zu. Die
1700 aus Oberschlesien kommenden Beamten werden, entspre
chend der vor einiger Zeit bekanntgegebenen Vermehrung der
Sicherheitspolizei in der Provinz Niederschlesiens verwendet
werden.

In den polnischen Grenzorten.

Reuthe, 2. Sept. Gestern wurden drei Opfer des Joseph
talar Verbrechens beigelegt. Die Beisetzung der übrigen Opfer
erfolgt heute. Die Namen aller Opfer sind jetzt bekannt. Der
Sektionsbefund der Leichen ergab außer Schusswunden weitere
schwere Verletzungen, so daß schwere Mißhandlungen der Opfer
anzunehmen sind.

Gestern wurde der Sohn Baduschet in Bobref, den vier
Bewaffnete nachts aus dem Hause der Eltern geholt hatten,
auf der Eisenbahnstrecke mit ausgestochenen Augen schwerver
letzt aufgefunden. Er ist inzwischen seinen Verletzungen er
legen.

Berlin, 1. Sept. Wie verschiedene Abendblätter melden, ist
der Danziger Student Becker auf der Flucht vor den Bolsche
wisten auf der Strecke Graudenz-Tanzig am Freitag aus dem
Eisenbahnzug geholt und von den Polen, die ihn des Landes
verrats beschuldigen, standrechtlich erschossen worden. Sein Br
uder wurde von den Polen verhaftet. Sein Kienhalt ist
unbekannt. — Ein bei Kraby in Essen beschäftigter ost
preussischer Arbeiter wurde auf der Rückfahrt aus Ostbrun
en in Dirschau aus dem Zuge geholt und gezwungen, Munition
zu verladen. Er mußte zusammen mit einem Haufen polni
scher Sträflinge arbeiten, von denen er geholt, getreten, an
geschrien und seiner Verachttheit beraubt wurde. Nach zehntägigen
Qualen wurde er entlassen.

Reuthe, 2. Aug. In einem Telegramm an den Vor
sitzenden der Interalliierten Kommission, General Verand, pro
testiert das Reichskommissariat für Deutschland gegen die
Fortsetzung des Nordens in Oberösterreich und fordert, daß
Korfas von der Interalliierten Kommission gezwungen werde,
offiziell und uneingeschränkt in schärfer Form gegen die
Fortsetzung der Gewalttaten sich mit seiner ganzen Person ein
zusetzen.

Die Berliner Presse zur französischen Note.

Berlin, 1. Sept. In Besprechung der französischen Note
schreibt die „Vossische Zeitung“ u. a.: Verantwortungslose Ele
mente, die eine Politik der Strafe und der Faust predigen,
haben bewirkt, daß in schmerzhafter Weise die wirklichen Macht
verhältnisse zu Tage getreten sind. — Im „Berliner Tageblatt“
heißt es: Wenn die französische Regierung in der Note hervor
hebt, daß sie mit Deutschland friedliche Beziehungen in einer
Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit zu unterhalten
wünscht, so legt dieser Punkt voraus, daß auch auf französischer
Seite diejenigen Provokationen und Handlungen unterbleiben,
die teilweise den Grund zu den Ausbrüchen gelegt haben.
Der „Vorwärts“ sagt: Wir haben niemals die schwere Schuld
der französischen Militäristen verschwiegen, die durch ihr Ver
halten den Anlaß zu den blutigen Ereignissen in Oberschlesien ge
geben haben. Wir verlernen nicht den Zusammenhang zwi
schen dem 1. März 1920 (Vorgänge in) den Dr. Klaus Erz
schen. Das hindert uns aber nicht, zu betonen, daß wir in den fran
zösischen Forderungen nichts zu Unbilliges zu erblicken ver
mögen und wir wenden uns schon jetzt entschlossen gegen den zu
erwartenden Proteststurm der alldeutschen Presse. In ein
redaktionellen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“
heißt es: Es ist selbstverständlich, daß Deutschland das Mög
lichste tun wird, um den begründeten Wünschen Frankreichs
nachzukommen. Es fragt sich aber, ob die Forderungen, die
Frankreich gestellt hat, nicht dazu beitragen werden, die Ver
schärfung noch bestiger zu entfachen. Der französische Bot
schafter will die Ereignisse in Breslau in Zusammenhang bring
en mit dem Vorfalle vom 16. Juli in der Berliner französischen
Gesellschaft. Was aber das damalige Verhalten des Hauptmanns
v. Arnim, auf dessen Verhaftung Herr Laurent dringt, mit dem
Ereignis auf das Breslauer Komitee hat zu tun hat, ist unverständ
lich. Auch die Forderung einer militärischen Ehrenbezeugung
zeigt nicht von der Erkenntnis, daß derartige Zeremonien nur
neuen Reibungsstoff anhäufen. Es wäre eine maßvolle und ein
sichtige Politik, für die Verlegung der französischen Hoheitszei
chen und den Angriff auf das Konsulat Entschuldigungen in ei
ner Form zu wählen, die Frankreich volle Genugtuung gewährt,
ohne überflüssige Demütigungen für Deutschland zu enthalten.

Französische Pressestimmen.

Paris, 1. Sept. Die hiesigen Abendblätter drücken ihre
Verwunderung darüber aus, daß Frankreich von Deutschland
wegen der Breslauer Vorgänge Genugtuung gefordert habe.
Der „Zeit Parisien“ schreibt, daß diese Genugtuung vom
Geiste der Bescheidenheit getragen sei. Man müsse auch die
Ausführung in Bezug auf die Säuberung der Schuldigen über
wachen. Hierin liege gerade die Schwierigkeit. Frankreich dürfe
keine Langmut zeigen, die jemals des Rheins nur als
Schwäche ausgelegt und dazu beitragen würde, die Agitation
gegen Frankreich zu unterhalten. — Die Wälder behaupten,
daß die deutsche Regierung allein verantwortlich sei, und daß
es nicht zu viel von ihr verlangt sei, alle Mittel anzuhäufen,
um die öffentliche deutsche Meinung einer gefundener und ge
rechter Auffassung der Dinge zuzuführen. Die Presse ist der
Meinung, daß man solche Andeutungen gegen Frankreich nicht
dulden dürfe und daß man dagegen mit aller Entschiedenheit
vorgehen müsse.

Die Zustände in Sowjet-Rußland.

Berlin, 1. Sept. In den Erörterungen des Unabhängi
gen Abgeordneten Dittmann in der „Freiheit“, über die Zu
stände in Sowjet-Rußland bemerkt der „Vorwärts“, daraus
ginge hervor, daß der Niedergang Sowjet-Rußlands, das Aus
sterben der russischen Städte und der bolschewistischen Re
volution bereits jetzt sei der Höhepunkt, der an dem deut
schen Proletariat seit bald 2 Jahren mit der Sowjet-Derlich
keit spärlich verhandelt wurde, reiflich angesetzt. Dittmann
stellt fest: Nur auf dem Fundament der Passivität und Kul
turlöschung der russischen Volksmasse in Asien und Land
Asiens die bolschewistische Diktatur errichtet werden. Bewe
is, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Frei
heit sind für andere als Kommunisten nicht mehr anzuhaben.
Die Bolschewisten offenlich. Geheime Wahlen sind ver
boten. Die Allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt. Defe
sion werden erschossen. Arbeiter- und Anstaltsstrafen sind
strenger, und werden sie in Konzentrationen zur Ver
wahrung von den Wäldern der Sowjetunion ver
wahrt. Die größte Teil der irgend eine Sozialrevolution an
geht.

Berlin, 2. Sept. Heute hat im Reichstagsgebäude in
Reichensieners Logen, die sich mit, im Anlaß der Ver
schiebung des Kongresses der dritten Internationales, ein
tägigen Verhandlungen in der Zeit verhalten wird. Das Re
sultat ist: Der Kongress in Moskau hat Gröblich übernommen
als Korreferent ist Dänisch vorgelesen.

Sowjet-Rußland und Polen.

Warschau, 2. Sept. Die polnisch-ukrainischen Truppen ha
ben den größten Teil von Ostgalizien befreit und sind jetzt Der
rest des ganzen linken Ufers des Dnjepr. Sie setzen die Ver
folgung der Bolschewisten fort. In der Gegend von Przem
yslau haben die Polen die Sowjettruppen auseinanderge
sprängt. Die ukrainischen Truppen haben bei ihrem Ueber
gang über den Dnjepr südlich von Bucacz die Bolschewisten
zum schnellen Rückzug gezwungen. Auf der Nordfront setzen
die polnischen Truppen den Vormarsch gegen Grodno fort.

Paris, 2. Sept. Nach der „Information“ berichtet die
„Chicago Tribune“, daß in der Nordfront die Armee des Ge
nerals Wrangel vor den bestigen Angriffen der Bolschewisten
langsam zurückgehe. Der Rückzug des rechten Flügels des Ge
nerals sei durch zwei Kavalleriedivisionen bedroht. Die Bol
schewisten griffen bestig an, hätten den Dnjepr überschritten und
seien in Kalga angekommen.

Rotterdam, 1. Sept. Die Nachrichten des Marschalls Bi
tulsky in Warschau haben, dem Ruzewer Rotterdamischen Cou
rant zufolge, in London einen unangenehmen Eindruck gemacht.
Nach Blättermeldungen liegen in amtlichen Kreisen Anzeichen
vor, daß die polnischen Militäristen geneigt sind, den nachdrück
lichen Rat der Alliierten, daß die in Versailles festgesetzte Grenze
nicht überschritten werden soll, unbeachtet zu lassen.

Warschau, 2. Sept. Der Rest der polnischen Delegation
ist aus Wlad zurückgerufen worden. Die bolschewistischen De
legierten sind nach Moskau zurückgereist. Keine der beiden De
legationen haben einen Waffenstillstand vorgeschlagen.

Oberamt Neuenbürg.

In Herrenath ist die
Maul- u. Klauenseuche erloschen.
Die angeordneten Schutzmaßregeln werden hiemit auf
gehoben.
Den 1. Septbr. 1920. Reg.-Aff. Killing, W.B.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.
Betreff: Textil- und Schuh-Rotlandsversorgung
der minderbemittelten Bevölkerung.

Die bisherigen Bestimmungen für die Textil- und Schuh
Rotlands-Versorgung vom 26. März 1920 — Einz. Nr. 72 —
wurden in Absicht auf die Einkommensgrenzen der Minderbe
mittelten abgeändert und es sollen von jetzt an als minder
bemittelt angesehen werden:
a) alleinstehende Personen mit weniger als 5000 M. Ein
kommen,
b) Haushalte bis zu 4 Personen mit weniger als 8000 M.
Gesamt-Einkommen,
c) Haushalte mit mehr als 4 Personen und weniger als
10000 M. Gesamt-Einkommen.
Die Gemeinde-Verteilungsstellen werden ersucht, bei
neuen Verteilungen den erweiterten Einkommens-Rahmen
der minderbemittelten Personen zu Grunde zu legen und
habei die Ausführungsbestimmungen der Würt. Landesbe
kleidungsstelle Stuttgart in der Fassung vom 18. Aug. 1920,
die den Gemeinden in den nächsten Tagen zugehen, zu be
achten.
Den 1. Sept. 1920. Oberamtspfleger Käßler.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.
Gehandlung des durch Aehrenlesen
gewonnenen Getreides.

Das durch Aehrenlesen gewonnene Getreide unterliegt
wie alles andere Getreide der Beschlagnahme für den Kom
munalverband, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Im übri
gen gelten folgende Bestimmungen:
1) Bei landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern (Selbst
verforgern) wird das so gewonnene Getreide ebenso behan
delt, wie ihr übriges Getreide.
2) Nichtselbstverforger dürfen wie die Selbstverforger
das erlassene Getreide nur mit Mahlkarte mahlen lassen.
Die Ausstellung derselben geschieht nur durch die Geschäfts
stelle des Kommunalverbandes.
3) Wer Getreide durch Aehrenlesen gewonnen hat, muß
die gesammelte Getreidemenge sofort und längstens bis
1. Oktober bei der Ortspolizeibehörde anzeigen. Anträge
zur Erteilung von Mahlerlaubnis für dieses Befegetreide
müssen bis spätestens 15. Oktober durch Vermittlung des
Schultheißenamts bei der Geschäftsstelle des Kommunalver
bandes gestellt werden.
Wer die Anzeige nicht rechtzeitig erstattet, bezw. den
Mahlantrag nicht rechtzeitig stellt, hat keinen Anspruch auf
Erteilung der Mahlerlaubnis, muß vielmehr das Getreide
an den Kommunalverband abgeben.
4) Aehrenleser, die nicht Angehörige eines landwirt
schaftlichen Haushalts, d. h. nicht Selbstverforger sind,
dürfen ihr gesammeltes Getreide zu den Verbrauchern der
Selbstverforger als Brotgetreide verbrauchen, also zur Zeit
12 Kilo für den Kopf und Monat.
Die geährte Getreide ist gleich wie das geährte Brotget
reide zu behandeln, sie muß also ganz auf den erlaubten
Brotgetreideverbrauch angerechnet werden, nur beträgt der
vorgeschriebene Ausmahlungsatz bei ihr 90 Prozent.
Die Verwendung von Gerste und Oaser neben der
ordentlichen Brotgetreidemenge von 12 Kilo ist nur den
Unternehmern landw. Betriebe und ihren Angehörigen ein
geräumt.
5) Für die Zeit, für welche die Aehrenleser hienach mit
ihrem eigenen Mehl auskommen müssen, dürfen Mehl- und
Brotkarten für sie nicht ausgegeben werden. Die zuständige
Kartenausgabestelle wird von der Geschäftsstelle des Kommu
nalverbandes über jede an solche Aehrenleser erteilte Mahl
erlaubnis benachrichtigt.
6) Im übrigen finden bezüglich der Mahlkarten und der
Pflichten der Müller usw. die Bestimmungen der Selbst
verforgerversorgung sinngemäße Anwendung.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, Vor
siehendes ortsüblich bekannt zu machen.

Die in Ziff. 3 genannten Anzeigen wollen der Geschäfts
stelle bis spätestens 5. Oktober gesammelt überhandt werden;
dabei ist zu bescheinigen, daß die angegebenen Getreide
mengen tatsächlich vollständig durch Aehrenlesen zusammen
gebracht worden sind. Bei Entgegennahme der Anzeigen
wollen die Beteiligten nochmals auf den Schlußtag für die
Erstellung von Mahlansätzen (15. Oktober) hingewiesen werden.
Den 1. Septbr. 1920. Oberamtspfleger Käßler.



Wir nehmen sofortige Bestellungen entgegen auf:
Speise-Gelberüben,
Weißkraut
 zum Einschneiden,
Most- und Tafelobst
 und sichern gute Qualitäten sowie billigste Preise zu
Pfannkuch & Co.,
 Neuenbürg, Telefon 70.

Neuenbürg.
 Wir suchen für unser Kontor einen
Kontorburschen
 mit guter Handschrift. Demselben ist Gelegenheit geboten,
 sich in allen Kontorarbeiten gründlich auszubilden.
 Angebote erbitten
Haas & Flohr, Maschinenbau.

Auslandszucker!
 Nehme bis zum 6. September
 Bestellungen auf Auslandszucker,
 das Pfd. von 11.20 \mathcal{M} an.
 Versand nach Auswärts gegen Nachnahme.
Erh. Kürble, Herrenalb.

Möbel
 staunend billig!

Schlafzimmer, eiche, hell imitiert	Mr. 1450
Schlafzimmer mit Spiegelschrank	Mr. 1825
Schlafzimmer, eiche, mit Spiegelschrank, 130 cm und weißem Marmor	Mr. 3600
Schlafzimmer, eiche, mit Spiegelschrank, 180 cm 3tätig und Marmor	Mr. 3950

— nur solange Vorrat. —
Möbelhaus H. Philipp,
 G. m. b. H.,
 Pforzheim, Dillsteinerstrasse 6
 (am Sedans-Platz).

Delmühle Langenalb.
 Bis auf weiteres wird jeden Montag und Dienstag
 nur Mohn verarbeitet.
 Zugleich empfehle ich meine neuzeitliche hydraulische
 Anlage (größte Ausbeute) zur gefälligen Benützung.
Friedrich Frey.

Infolge waggonweiser Lieferung von

Milch- u. Läuferschweinen
 bin ich in der Lage, die Tiere um einen herabgesetzten Preis
 abzugeben. Die Tiere haben eine 10 tägige Beobachtung
 mitgemacht und sind oberamtstierärztlich untersucht.
 Käufer ladet höflichst ein
Gustav Andreada, jr., Hirsau.

Neuenbürg.
Bezirkswohltätigkeitsverein.

Auf 2. Oktober d. J. (Hindenburgs Geburtstag) sollen
 die Zinsen der Reppelerkassette III zur Verteilung
 gelangen. Die Pfarrämter werden ersucht, Personen oder
 Familien, die zur Berücksichtigung vorgeschlagen werden
 können, in erster Linie solche, welche keine sonstige Unter-
 stützung beziehen, bis spätestens 15. September d. J. hierher
 namhaft zu machen unter kurzer Begründung der Bedürftig-
 keit und Würdigkeit.
 Den 1. Sept. 1920. Der Vorsitzende:
 Dekan Dr. Megetlin.

Stadtgemeinde Neuenbürg.
 Die
Ziegenbockhaltung
 ist auf 1. Oktober d. J. neu
 zu vergeben.
 Bewerber wollen sich bis
 spätestens 10. ds. Ms. beim
 Stadtschultheißenamt, wo die
 Vertragsbedingungen einge-
 sehen werden können, melden.
 Stadtschultheißenamt:
 J. B. Feinzelmann.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Butter-Verkauf.
 Am Freitag, den 3. Sept.,
 8 Uhr vorm. an Nr. 28 bis
 115, 9 Uhr an Nr. 116 bis
 205, 9 Uhr an Nr. 206 bis
 295, 10 Uhr an Nr. 296
 bis 385, 10 Uhr an Nr. 386
 bis etwa Nr. 475.
 Von 11 Uhr bis 11 Uhr
 wird für Kinder, die nach
 dem 1. Septbr. 1918 geboren
 sind, ausländ. Weizenmehl ab-
 gegeben.
 Städt. Lebensmittelstelle.

Neuenbürg.
 Eine gedr. eichene u. eiserne
Bettlade,
 2 neue
Matrassen,
 2 neue
Patentbettröste,
 1 holzerne und eiserne Kin-
 derbettlade mit Matrasse,
 äußerst billig abzugeben.
 Zu erfragen in der Eng-
 tälergeschäftsstelle.

Umarbeiten von
 Samt-, Seide-,
 Plüsch-
 usw.
 Hüten.
 * Ge-
 tragene
 Herren-
 Zylinder
 werden zu
 modernen
 Damenhüten
 umgearbeitet.
Fr. Dann, Pforzheim,
 Herrenstr. 12

Billiges Angebot
 in neuen und gebrauchten
 Möbeln, ganze Einrich-
 tungen und Einzelmöbel,
 Betten, Patent- u. Postler-
 Röste, Federbetten u. Ma-
 trassen, Säränle, Kommoden,
 Tische, Stühle, Büfets,
 Schreibrische, Pfeilerpiegel
 und anderes.

Schöttle, Dillsteinerstr. 18,
 Pforzheim, Telefon 2165.

Häuser,
 6-7% Rente mit und ohne
 Gewächse sofort bezugsbar zu
 verkaufen.
 W. Busow, Karlsruhe,
 Herrensstr. 38.

Dracofels Hühneraugensalbe
 bei Hühneraugen, Bellen,
 Hornhaut, Warzen, Dose
 N. 3.50. Versand
 Grüne Apotheke Erfurt 721.

Liederkränz Neuenbürg.
 Heute abend 9 Uhr
Singstunde.
 Vollzähl. Erscheinen dringend
 notwendig.
 Calmbach.

3000 Mr.
 sofort von Selbstgeber gegen
 hohen Zins aufzunehmen ge-
 sucht. Best. Angebote unter
 S. 64 an die Engtälerges-
 chäftsstelle.

Neuenbürg.
5-10000 Mark
 sofort aufzunehmen gesucht.
 Angebote unter 150 B. an
 die Engtälergeschäftsstelle.

Herrenalb.
 Anständiges, zuverlässiges
Alleinmädchen
 oder
einfache Stütze
 zum 1. Okt. oder früher gesucht.
 Frau Dr. Voigt.

Fleißiges, braves
Mädchen,
 das auch kochen kann, sofort
 gesucht.
 Frau Bernhard,
 Pforzheim,
 Kronprinzenstr. 21, 2 Tr.

Rotenbach.
 Wegen Entbehrlichkeit verkauft
2 Pferde.
 Mich. Bäuerle,
 Fuhrunternehmer.

Schönbürg.
 Ein bereits noch neuer

Herd
 ist zu verkaufen.
 Talstr. Nr. 20.

Kapientische
 Artikel, Gummi-
 waren, Wochend-
 aussteuer.
 Nur Damenbedienung.
 Separater Eingang.
Medizinisch-Drogerie
 Hühnerstr. Pforzheim.

Gummiwaren
 Spülapparate, Frauen-
 tropfen und Frauenartikel.
 Ähnliche Frauenartikel.
 Auftragen erbeten Sanitätskass.
 Heusinger Dresden 107, am See 37.

Sommerproffen!
 Finnen! Nadel! Unreine Haut
 verschwinden mit
 Apotheker Rathelhuber's
 Sommerproffencrem.
 Preis 1/2 \mathcal{M} . — franko.
 Allein durch
 Drosapotheke Hechingen
 Hechingen.

Calmbach.
Hochzeitseinladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-
 kannte zu unserer am
Samstag, den 4. September 1920
 stattfindenden
Hochzeitsfeier
 in das Gasthaus zum „Bahnhof“ in Calmbach
 freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als per-
 sönliche Einladung anzunehmen zu wollen.
Wolff Kiefer,
 Sohn des Christian Kiefer, Hühners in Calmbach.
Emma Stoll,
 Tochter des Otto Stoll, Schmiedemeisters in Calmbach.
 Kirchgang um 12 Uhr.

Neuenbürg.
Kaufe altes Eisen, sowie Metalle
 jeder Art und Menge, Lumpen und Felle zu den
 höchsten Preisen.
Wilh. Wentzsch, oberer Sägemweg.

Ein
 vorzüg-
 liches
Sühneraugen-
 Mittel ist „CornUA“. Erbällich in den Feilburggeschäften
W. Krayer, Neuenbürg u. August Waltherr, Herrenalb.
la. Wellenkorngrües
 solange Vorrat das Pfd.
 = Mark 2.50 =
Erh. Kürble, Herrenalb.

Neu aufgenommen:
Herren- u. Burleskenanzüge
 in erstklassigen Stoffen und Verarbeitung.
 Gefäß für Maß,
 teilweise mit Umschlaghose und Gurt.
 Mr. 450, 500, 540, 600, 660,
 680, 700, 750 und 800.
 Ich empfehle sofortige Besichtigung ohne Kaufzwang.
Wilh. König, Herrenalb.

Um zu räumen,
 verkaufe für die jetzige Pflanzzeit harte Erdbeer-
 (beste Sorten), sowie Himbeer- und Johannisbeerbüsche,
 alles großfrüchtige Sorten, billigst, sowie einige Zuch-
 tassen (Straußhühner) und 2 guterhaltene Dosen, ein
 runden und einen Kochofen.
Besten, Gärtner, Birkenfeld,
 Hauptstraße 25.

Zentralheizungen
 aller Systeme, Lüftungen, Warm-
 wasserleitungen, Gewächshaus-
 bau, Dampfleitungen, Abdampf-
 verwertung. Einbau von Econo-
 mifer mit reißloser Ausnützung der
 Heizgase. Anfertigung von Boiler,
 Reservoir, Rohrleitungen und
 Rohrleitungen jeder Art, autogene
 Schweißungen etc., Umbau alter
 : : : Anlagen. : : :
Otto Voigt, Pforzheim,
 Fernruf 2217.